



# HESSISCHER LANDTAG

18. 11. 2020

Plenum

## Antrag

**Elke Barth (SPD), Tobias Eckert (SPD), Stephan Grüger (SPD),  
Knut John (SPD), Marius Weiß (SPD) und Fraktion**

**Land muss in der Krise durch die Einrichtung eines Mietzuschussprogramms  
(Sicher-Wohnen-Fonds) Mieterinnen und Mietern in Hessen zur Seite stehen –  
keine Mieterhöhungen bei der landeseigenen Wohnungsgesellschaft  
Nassauische Heimstätte**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Situation für viele Mieterinnen und Mieter in Hessen, insbesondere im hochpreisigen Rhein-Main-Gebiet, durch die Corona-Krise zunehmend prekär wird. Viele Menschen, die während der Phase des ersten Lockdowns noch auf Rücklagen zurückgreifen konnten, haben nun zunehmend Schwierigkeiten, ihre Lebenshaltungskosten zu decken. Gerade Menschen mit niedrigen Einkommen sind zudem stärker von pandemiebedingten Erwerbseinkommenseinbußen durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit betroffen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein außerordentliches Mietzuschussprogramm („Sicher-Wohnen-Fonds“) aufzulegen für Menschen, die unverschuldet und coronabedingt nicht mehr in der Lage sind, ihre Mietzahlungen in voller Höhe zu leisten und die über keine weiteren kurzfristig verfügbaren Rücklagen verfügen. Es sollte zunächst auf drei Monate angelegt werden und je nach Entwicklung der Situation gegebenenfalls verlängert werden.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich in den Gremien der mehrheitlich dem Land Hessen gehörenden Wohnungsgesellschaft Nassauischen Heimstätte dafür einzusetzen, auf Mieterhöhungen bis zum Ende der Pandemie weiterhin zu verzichten.

### Begründung:

Mit zunehmender Dauer der Corona-Krise haben immer mehr Menschen, die bisher noch nie in der Situation waren, staatliche Hilfen in Anspruch nehmen zu müssen, Schwierigkeiten, ihre Mieten zu zahlen. Gerade jetzt während der zweiten Welle und der erneuten Schließung von Gastronomie, Hotels und der durch die Corona-Verordnungen extrem betroffenen Veranstaltungsbranche kommen immer mehr Menschen in Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit oder haben ihre Mini-Jobs verloren.

Im Frühsommer noch vorhandene Rücklagen sind inzwischen aufgebraucht. Daher ist für viele Menschen diese zweite Phase der Krise noch härter als die erste. Auch der Frankfurter Flughafen als Jobmotor und größter Arbeitgeber Hessens steckt in der größten Krise seiner Geschichte mit entsprechenden Auswirkungen auf den Beschäftigungsmarkt.

Wohngeld kann nur in den wenigen Fällen in Anspruch genommen werden, wenn es sich um Mietverhältnisse handelt, für die keine Wohngeldberechtigung besteht.

Das Instrument der Mietstundungen, welches verschiedene Wohnungsunternehmen in der ersten Phase der Krise angeboten haben, hat sich als nicht probates Instrument erwiesen, da die Zahlungen nur verschoben wurden, aber dennoch zu einem späteren Zeitpunkt geleistet werden müssen. Daher war der Zuspruch hierfür sehr zurückhaltend.

Die öffentliche Hand hat in der Corona-Krise eine besondere Verantwortung. Die mehrheitlich dem Land gehörende Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte hat daher bis zum Ende der Pandemie auf Mieterhöhungen komplett zu verzichten, um ihre Mieterinnen und Mieter nicht noch weiter zu belasten.

Wiesbaden, 18. November 2020

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Nancy Faeser**

**Elke Barth**  
**Tobias Eckert**  
**Stephan Grüger**  
**Knut John**  
**Marius Weiß**